

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Herausgeber und Chefredakteur:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönitz 4194-4195



**Abdruck für Verlag und Verbreitung:**  
Berlin G 2 01, Zehn-Märkte-Platz 6  
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen  
vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders verordnet ist. Abhängigkeit für beide Seiten ist ausgeschlossen.

Berlin, den 7. März 1931

## Verständigung in Sicht ?

Im Institut  
für Geschichte  
und Politik  
Abteilung  
Ahnenerbe

Die Besprechungen zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratie.

SPD. Die politischen Besprechungen der letzten Woche haben ergeben, dass die Reichsregierung an der Einsetzung der ersten Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1931 festhält. Dabei wird sie von allen bürgerlichen Fraktionen des Reichstags unterstützt. Jeder Politiker muss infolgedessen damit rechnen, dass in einem normal besetzten Reichstag eine grosse Mehrheit für die militärischen Anforderungen vorhanden ist und hierin in absehbarer Zeit kaum etwas Entscheidendes geändert werden kann. Selbstverständlich übt das keinen Einfluss auf die Anschauungen der Sozialdemokratie aus. In ihren Kreisen hält man übereinstimmend den Bau von Panzerschiffen in der jetzigen Notzeit für überflüssig und unzweckmässig, zumal dadurch weit dringendere Massnahmen zur Verminderung von Not und Elend zurückstehen müssen.

Bei den bevorstehenden Entscheidungen aber handelt es sich nicht um die Bekundung sozialdemokratischer Grundsätze, sondern um die Stellung zu einer politischen Massnahme, von der weitreichende Wirkungen ausgehen können, und von der das Schicksal der Demokratie in Deutschland auf lange Zeit hinaus bestimmt werden kann. Immer deutlicher wird, dass Deutschnationale und Nationalsozialisten mit ihrem Fernbleiben von den Reichstagsarbeiten ein grosses politisches Ziel verfolgen. Ursprünglich hatten sie geglaubt, durch unaufhörliches Trommeln im Reichstag die bürgerlichen Mittelparteien müde machen und sie zur Preisgabe der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Reiche und in Preussen zwingen zu können. Jetzt wollen sie das gleiche Ziel durch einen Sturm von draussen erreichen. Sie hoffen, dass die Schwächung der bürgerlichen Mitte, die durch den Auszug der beiden Rechtsparteien eingetreten ist, zu einer Verschärfung der politischen Situation führt. Und zwar entweder dadurch, dass Regierung und bürgerliche Parteien in eine für sie unerträgliche Abhängigkeit von der Sozialdemokratie geraten, oder dass der Sozialdemokratie von Regierung und den bürgerlichen Parteien derartige Zumutungen gestellt werden, dass die Regierung Brüning darüber zu Fall kommt.

Das Ergebnis der bisherigen Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion zeigt, dass diese Schwierigkeiten voll erkannt werden. Es dürfte auch kaum einem Zweifel begegnen, dass die Sozialdemokratie gewillt ist, diese Schwierigkeiten überwinden zu helfen, um die Spekulation ihrer Gegner von rechts und links zu zerschlagen. Das liegt umso näher, als ohne weiteres feststeht, dass eine Regierungskrise in diesem Augenblick nicht nur unermessliche wirtschaftliche Gefahren heraufbeschwört, sondern durch die Annäherung der bürgerlichen Mitte an Hugenberg und Hitler der Bau des Panzerschiffes B in keiner Weise verhindert wird. Die Opfer einer gegenteiligen Politik hätten lediglich die Massen der Bevölkerung zu tragen, denen durch einen verschleierten oder offenen Rechtskurs das Leben in jeder Weise noch schwerer gemacht werden würde als es jetzt durch die Wirtschaftskrise ohnedies ist.

Zur Ueberwindung dieser politischen Schwierigkeiten aber gehört nicht nur Einsicht, sondern auch der Wille zum Entgegenkommen. Und zwar in erster Linie bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien der Mitte. Wollen sie, dass das mühselige Werk der langsamen Ueberwindung der schweren politischen Vertrauenskrise fortgesetzt wird, so müssen sie bereit sein, durch Taten zu zeigen, dass den Anschauungen der hinter der Sozialdemokratie stehenden Arbeitermassen Rechnung getragen werden soll. Es wäre eine gefährliche Ueber-  
spannung, wollte man durch das Festhalten an dem Bau des Panzerschiffes B die an sich beschränkten Möglichkeiten zu einer ausreichenden Fürsorge für das Millionenheer von Arbeitslosen, Rentnern und sonstigen Unterstützungsempfängern noch weiter herabmindern. Diejenigen Schichten, die eine den Rahmen des Zulässigen ausfüllende militärische Rüstung auch in der Gegenwart für notwendig halten, müssen bereit sein, die Kosten dafür aufzubringen. Entsprechend diesen Erwägungen wünscht die Sozialdemokratie eine stärkere Besteuerung der leistungsfähigen Schichten, entweder durch Zuschläge zu den hohen Vermögen oder durch Zuschläge auf die hohen Einkommen. Die Einwände hiergegen können als stichhaltig nicht angesehen werden. Die Opfer, die den Massen der Bevölkerung gegenwärtig bereits auferlegt sind, sind in jeder Beziehung ungleich höher als die, die den Besitzenden neu zugemutet werden. Würde entsprechend den sozialdemokratischen Vorschlägen gehandelt werden, so ergäbe sich eine grössere Leistungsfähigkeit für Reich, Länder und Gemeinden, zugleich aber auch die Möglichkeit, diese neu zur Verfügung gestellten Mittel für soziale Zwecke zu verwenden. Ebenso notwendig aber sind andere Massnahmen, die eine schnellere Ueberwindung der Wirtschaftskrise herbeiführen, die Kaufkraft der arbeitenden Schichten erhalten und die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten gerechter verteilen sollte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei ihren künftigen Entschlüssen sowohl die allgemeinen politischen Erwägungen, wie die etwaigen Zugeständnisse der bürgerlichen Mittelparteien berücksichtigen. Noch sind Entscheidungen in dieser Beziehung nicht gefallen. Der Widerstand, z.B. bei der Deutschen Volkspartei gegen jede stärkere Heranziehung der Besitzenden zu den allgemeinen Staatslasten und gegen jede weitere Aufwendung zur Behebung sozialer Notstände sind ausserordentlich gross. Immerhin wollen wir einstweilen hoffen, dass man auch im anderen Lager erkennt, dass Ungeheueres auf dem Spiel steht und dass das Schicksal des deutschen Volkes höher stehen muss als das einzelner Gruppen oder Klassen.

SPD. Kassel, 7. März (Eig. Drahtb.)

Am Montag beginnt in Kassel ein Landfriedensbruchprozess gegen 97 Kommunisten. Im Verlauf der Verhandlungen werden etwa 100 Zeugen vernommen werden.

Am 25. Januar veranstalteten die Nazis unter üblichem Tamtam wie "Strasse frei den braunen Bataillonen" usw. in Grebenstein, einem hessischen Landstädtchen, eine Versammlung. Aus der Umgebung von Grebenstein waren zahlreiche Kommunisten zu dieser Versammlung erschienen. Aus Kassel trafen mehrere Lastwagen mit Angehörigen der KPD ein. Vor Beginn der Versammlung waren bereits zahlreiche Kommunisten im Saal. Als dann die SA und SS-Abteilungen aus Kassel, die von Hitler inzwischen aufgelöst worden sind, das Versammlungslokal betraten, begannen die Plänkeleien. Auf ihr Hausrecht pochend, verlangten die Nazis, dass sich die Kommunisten entfernten. Die Angehörigen der KPD kamen der Anforderung jedoch nicht nach, sodass bald Stuhlbeine, Biergläser und Tische durch den Saal flogen. In der "Hessischen Volkswacht", dem hiesigen Naziblatt, wurde nach der Schlägerei zugegeben, dass die SA- und SS-Leute mit den Gewalttätigkeiten begonnen haben. Die meisten Prügel aber bezogen die Nazis, denn die Kommunisten setzten sich mit Nachdruck zur Wehr. Auf der Heimfahrt wurde ein Teil von ihnen von Kasseler Schutzpolizei angehalten und festgestellt. Jetzt haben sie sich wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Die randalierenden Nazis treten dagegen zum grössten Teil als Nebenkläger auf.

SPD. Die Beweisaufnahme im Moskauer Tendenzprozess ist zu Ende. Generalstaatsanwalt Krylenko beantragte die Todesstrafe gegen die Angeklagten Groman, Scher, Jakobowitsch, Ginsburg und Suchanow. Das Urteil wird in der Nacht zum Montag erwartet.

Die sogenannte Beweisaufnahme bestand in Deklamationen des Staatsanwalts und den Geständnissen der Angeklagten. Bis zuletzt bemühten sich die Angeklagten, ihre Geständnisse selbst über die Punkte aufrecht zu erhalten, die inzwischen unwiderleglich als im Widerspruch mit den Tatsachen festgestellt worden sind. Das Plädoyer des Staatsanwalts zeigte auf das deutlichste, dass dieser Prozess dem Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie dienen soll. Die Anklagepunkte gegen die Angeklagten werden zugleich gegen die sozialistische Arbeiter-Internationale gerichtet: Streben nach Wiederaufrichtung des Kapitalismus in Sowjetrussland (als ob der Fünfjahresplan etwas anderes wäre als der grandioseste Staatskapitalismus), Desorganisation des Fünfjahresplanes und Organisation des Hungers (das versteht Stalin am allerbesten), Vorbereitung einer Intervention (man muss sich sehr unsicher fühlen!). Bewiesen worden ist von den Anklagepunkten garnichts. Dagegen ist in Deutschland bewiesen worden, dass die Kernbehauptungen der Anklage dreiste Lügen sind.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Partei Russlands hat neuerdings wieder eine Erklärung veröffentlicht, in der sie darlegt, warum sie beschlossen habe, dass ihre Vertreter Dan und Abramowitsch nicht als Zeugen nach Russland fahren sollten. Sie stellt fest, dass es sich bei diesem Prozess nicht um eine Gerichtsverhandlung handele, sondern um einen durch nichts verhüllten Willkürakt des Terrors, dass im bolschewistischen Russland keinerlei Rechtsgarantie gegeben sei, dass vielmehr die sowjetrussische Rechtsprechung noch im finstersten Mittelalter stecke.

-----  
SPD. Frankfurt/M., 7. März (Eig. Drahtb.)

Wieder ist eine Säule des Dritten Reiches geborsten.

Der Nationalsozialist Breithecker, der im Oktober vorigen Jahres als Führer der nationalsozialistischen Störungskolonie während der Aufführung der Oper "Mahagonni" in Frankfurt (Main) verhaftet worden ist, wurde vom Schöffengericht Frankfurt wegen D-Zugsdiebstahls und Einbrüchen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht bescheinigte dem nationalsozialistischen Kämpfer für deutsche Kultur das geistige Niveau eines elfjährigen Kindes und bezeichnete den vielfach vorbestraften Mann als Gewohnheitsverbrecher.

-----  
SPD. Reichenhall, 7. März (Eig. Drahtb.)

In Reichenhall endete eine Nazi-Versammlung mit einer regelrechten Saalschlacht. Von 30 Personen, die verletzt wurden, mussten 13 ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Redner der Versammlung war der Naziabgeordnete Wagner, der dieser Tage im bayerischen Landtag einen Journalisten mit Ohrfeigen traktierte. U.a. war die Versammlung von vielen Sozialdemokraten und anderen linksgerichteten Leuten besucht. Nach dem masslos hetzerischen Referat des Nazi-Abgeordneten fielen die uniformierten Hakenkreuzler, die während der Versammlung aus Salzburg und anderen österreichischen Orten Zuzug erhalten hatten, über die politisch Andersgesinnten her. Es entstand eine wüste Saalschlacht, bei der die ganze Einrichtung kurz und klein geschlagen wurde.

-----

SPD. Die früher stark hervorgetretenen Agitatoren der Landvolkbewegung Bruno von Salomon und Guido Weschke, beide aus dem Bombenlegerprozess bekannt, dürfen seit einiger Zeit in Versammlungen der Landvolkbewegung nicht mehr auftreten. Warum sind die einst in Landvolkkreisen so verherrlichten Männer und Führer plötzlich verfemt?

In eingeweihten Kreisen der Bauernschaft Schleswig-Holsteins erzählt man sich, dass die beiden "Helden" verschiedentlich die bei Landvolkversammlungen einkassierten Eintrittsgelder für sich verbraucht haben. Sie sollen auch von sich aus Sammlungen bei der mit der Landvolkbewegung sympathisierenden Bevölkerung vorgenommen und die einkassierten Beträge in ihre Tasche gesteckt haben.

SPD. Köln, 7. März (Eig. Drahtb.)

Der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von Münster, Osnabrück, Trier und Limburg haben gegen den Nationalsozialismus einen Ukas herausgegeben, in dem u. a. gesagt wird :

Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz haben in einer Kundgebung vom Januar 1920 nachdrücklich und freimütig vor dem katholikenfeindlichen Sozialismus und damit auch vor dem Kommunismus gewarnt. Ebenso pflichtbewusst handeln wir jetzt, wenn wir unsere Diözesane auf die mit der nationalsozialistischen Bewegung für das katholische Denken und Leben entstandene Gefahr aufmerksam machen und mahnend unsere Stimme erheben. Uebereinstimmend mit einem Wort der bayerischen Bischöfe warnen wir vor dem Nationalsozialismus "solange und soweit er kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind."

SPD. München, 7. März (Eig. Drahtb.)

Die Bezirksdelegierten der katholischen Männervereine in München wenden sich in einer einstimmig gefassten Entschliessung gegen den Nationalsozialismus. Die Entschliessung lautet :

"Die katholische und die völkische Weltanschauung sind miteinander unvereinbar. Aus diesem Grunde halten wir es für unmöglich, dass ein Nationalsozialist Mitglied eines katholischen Männervereins sein kann. Mitglieder, die der Hitlerbewegung dienen, sind deshalb konsequenterweise auszuschliessen."

SPD. Paris, 7. März (Eig. Drahtb.)

Wie der "Paris Midi" aus Madrid meldet, sollen die Prozesse gegen die Führer des Aufstandes vom Dezember vorigen Jahres für den 22. März anberaumt sein. Es werden im ganzen drei Prozesse stattfinden, und zwar einer in Jaca, dem Schauplatz der blutigen Ereignisse, einer in Madrid und der dritte in Quatros Viendos, dem Fort, von dem der allgemeine Aufstand seinen Ausbruch nehmen sollte. Man nimmt an, dass jeder Prozess sechs Tage in Anspruch nehmen wird.

SPD. Auf Veranlassung des preussischen Innenministers ist gegen den Nazi-Reichstagsabgeordneten und Regierungsrat von dem Knesebeck das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Amte eingeleitet worden.

Von dem Knesebeck wurde bereits lange vor den Reichstagswahlen von dem Düsseldorfener Regierungspräsidenten wegen seiner öffentlichen Betätigung für die Nazi-Partei seines Amtes enthoben. Als dann der Reichstag aufgelöst wurde, bestimmten die Nazis den beamteten Propagandisten von dem Knesebeck zum Reichs-

tagskandidaten. Nicht weil er irgendwelche Qualitäten besitzt, sondern weil er von der preussischen Regierung gemassregelt worden war. Die Nazi-Welle vom 14. September brachte dann auch den Nazi-Regierungsrat in den Reichstag, sodass das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren unterbrochen werden musste. Nachdem der Reichstag am 9. Februar zur Weiterverfolgung der Angelegenheit seine Zustimmung gegeben hat, wird der Nazi-Regierungsrat, der an sich schon seit Monaten keinen Dienst mehr tut, hoffentlich bald endgültig aus dem Amt verschwinden.

Das Tolle bei diesem Nazi-Regierungsrat ist, dass er nun schon seit Monaten für Nichts und Wiedernichts nicht nur sein volles Gehalt bezieht, sondern ausserdem monatlich auch noch mehrere Hundert Mark Diäten erhält, obwohl er den Reichstag nun schon seit Wochen schwänzt. Wie bei von dem Knesebeck, so ist es bei allen Beamten der Nazi-Fraktion. Sie alle tun, obwohl sie den Reichstag schwänzen, keinen Dienst. Sie sind aber pünktlich zur Stelle, wenn es für Nichts und Wiedernichts Gehalt kassieren heisst und wenn es heisst, ebenfalls für Nichts und Wiedernichts Diäten in Empfang zu nehmen.

Wann wird diesen Schmarotzern, die dazu noch mit einer Freifahrkarte ausgerüstet sind und täglich die grosse Mehrheit des Volkes in der gemeinsten Weise beschimpfen, endlich das Handwerk gelegt ?

-----

SPD. Paris, 7. März (Eig. Drahtb.)

In der französischen Kammer ist am Sonnabend mit Ach und Krach die Diskussion über das Ausgabenbudget beendet worden. Der äusserlich so schön ausbalancierte Haushalt, der auf dem Papier zu Beginn der Beratungen einen Ueberschuss von etwa 50 Millionen Franken zeigte, weist nunmehr ein Defizit von rund einer Milliarde auf. Die Regierung hat versucht, den Fehlbetrag bei den Ausgaben für die Kriegsbeschädigten einzusparen. Sie ist aber mit dieser Absicht bei der Kommission auf starken Widerstand gestossen.

Tardieu hat während seiner Ministerpräsidentenschaft ein Gesetz zur Annahme gebracht, das den französischen Kriegsteilnehmern von ihrem 50. Lebensjahre ab eine Ehrenrente von jährlich 500 Franken, vom 55. Lebensjahr ab eine solche von 1200 Franken sichern sollte. Der im Vorjahre für die Auszahlung dieser Ehrenschuld auskalkulierte Betrag bezifferte sich auf 400 Millionen Franken. Er hätte sich in diesem Jahre jedoch bereits verdoppelt und wurde somit zu einer grossen Gefahr für das Gleichgewicht des Budgets. Um die Last herabzumindern hatte nun die Regierung in einem neuen Artikel zum Finanzgesetz die Herabsetzung der Quoten auf 300 und 720 Franken vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde von der Kommission jedoch abgelehnt.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dem französischen Haushalt um eine wesentlich grössere Fehlsomme als die eine angegebene Milliarde. Schon bei der Aufstellung des Budgets waren grosse Kunststücke unternommen worden, um ein scheinbares Gleichgewicht herzustellen. Den 50 Milliarden Ausgaben standen effektiv nur 47 Milliarden Einnahmen gegenüber, was man dadurch zu kassieren versuchte, dass man zwei Fehlmilliarden auf die Amortisationskasse abschob und eine Milliarde aus den Young-Zahlungen zum Budgetausgleich heranzog. Alles in allem steht nunmehr fest, dass das französische Budget heute mit einem Defizit von über vier Milliarden Franken abschliesst.

-----

SPD. Prag, 7. März (Eig. Drahtb.)

Die Regierung liess am Sonnabend mehrere Morgenblätter, darunter das amtliche Regierungsblatt und die offiziöse Prager Presse, beschlagnahmen. In den Blättern war ein beleidigender Ausspruch des faschistischen Abgeordneten Gajda gegen das Parlament enthalten. Der im Parlament gefallene Ausspruch war von der Parlamentszensur nachträglich konfisziert worden.

Der abgesetzte Generalstabschef Gajda hatte vor drei Jahren in der Nähe von Prag einen Ueberfall auf einen mit seiner Degradationsangelegenheit beschäftigten Staatsbeamten arrangiert. Der Zweck des Ueberfalls war, wichtige Dokumente in den Besitz von Gajda zu bringen. Gajda wurde damals wegen des Ueberfalls zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Auf Verlangen des Gerichtes beschloss das Abgeordnetenhaus nun am Freitag die Immunität von Gajda aufzuheben, um zum Zwecke des Strafantritts seine Verhaftung zu ermöglichen. Als der Beschluss gefasst war, geriet Gajda mit einem anderen Abgeordneten in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der gegen das Parlament gerichtete, beleidigende Ausdruck fiel.

Gegen den anderen faschistischen Abgeordneten Stribrny ist inzwischen eine Anklage wegen Mitschuld am Raub amtlicher Dokumente eingeleitet worden. Stribrny legte dem Parlamentspräsidenten dieser Tage einen aus dem Aussenministerium gestohlenen Brief vor, in welchem dem kürzlich wegen seiner amerikanischen Staatszugehörigkeit des Mandats für verlustig erklärten faschistischen Abgeordneten Pergler amtlich mitgeteilt wurde, dass er tschechischer Staatsbürger sei, da er nach dem Kriege tschechischer Gesandter in Japan gewesen wäre.

Im Parlament hat sich ein 24gliedriger Untersuchungsausschuss gebildet, der feststellen will, wie der faschistische Abgeordnete Stribrny zu seinem noch jungen, aber ausserordentlich grossen Vermögen gekommen ist.

SPD. Warschau, 7. März (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend überreichte der neu ernannte deutsche Gesandte in Warschau, Dr. v. Moltke, dem Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

Moltke hielt bei dieser Gelegenheit eine kurze Ansprache, in der er das hohe Mass von Achtung und Vertrauen hervorhob, das sein Vorgänger Rauscher sich in Warschau zu erwerben gewusst habe, und das an ihn als Nachfolger Rauschers besondere Anforderungen stelle. Er hoffe, so fuhr Moltke fort, dass er bei der Fortsetzung der Arbeit Rauschers zur Lösung der beiderseitig interessierenden Fragen das Entgegenkommen der polnischen Regierung finden werde. Die höchste Entfaltung nationaler Kräfte sei nur möglich, bei vertrauensvoller internationaler Zusammenarbeit im Geiste der Billigkeit, der gegenseitigen Achtung der Völker und der friedlichen Entwicklung der Menschheit.

Der polnische Staatspräsident äusserte in seiner Antwortrede seine Zufriedenheit darüber, dass der neue Gesandte auf dem von Rauscher angebahnten Wege fortzuschreiten gedenke, der neben einem Andenken voller Wertschätzung offenkundige Beweise seiner Tätigkeit hinterlassen habe.

SPD. Köln, 7. März (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die nationalsozialistische "Nieder-rheinische Tageszeitung" in Geldern wegen Beschimpfung der Republik verboten. Das Verbot gilt für 2 Wochen.

SPD. Graz, 7. März (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Graz verurteilte am Sonnabend einen Heimwehrmann, der im Juli vorigen Jahres mit mehreren Komplizen auf jugendliche Arbeiter geschossen hatte, zu 4 Monaten Gefängnis. Ein Heimwehrmann erhielt eine Woche Gefängnis, ein dritter 20 Schilling Geldstrafe. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, da ihre Mitwirkung an dem Ueberfall nicht erwiesen sei.

SPD. Kopenhagen, 7. März (Eig. Drahtb.)

Die Aussperrung von 50 000 Arbeitern, die von dem dänischen Arbeitgeberverband für den kommenden Montag angedroht war, wurde durch Vermittlung des staatlichen Schlichters bis auf weiteres verschoben. Sie kann nunmehr frühestens drei Tage nach einem eventuell negativen Ausgang der Verhandlungen erfolgen. Der Dänische Allgemeine Gewerkschaftsbund hat dem Arbeitgeberverein mitgeteilt, dass eine Aussperrung unter Umständen mit Sympathiestreiks beantwortet werde.

Die Aussperrungsandrohung umfasst die ganze Eisenindustrie mit 32 000 Arbeitern, ferner 1400 Arbeiter der Zementindustrie, 1100 der Zuckerfabriken, 3500 der Schuhwarenindustrie, 4100 der Holzindustrie und 5700 der Kalk- und Ziegeleierwerke. Für alle diese Arbeitergruppen waren die Tarifverträge abgeläufen. Die Arbeitgeber haben über diese Aussperrungsandrohung hinaus angekündigt, eventuell alle Arbeiter des Landes auszusperrern.

Die Bemühungen des Schlichters, eine Verständigung herbeizuführen, stossen auf starken Widerstand, da die Arbeitgeber bis jetzt an ihrer völlig unannehmbaren Forderung auf Lohnkürzung bis zu 25 % festhalten. Die Arbeiter widersetzen sich dieser Forderung. Sie verweisen auf die Jahresabrechnungen der Unternehmer, die gerade jetzt veröffentlicht werden und die ausnahmslos günstige Ergebnisse für 1930 (Dividendenausschüttung von 6 bis 10, ja bis zu 20 %) ausweisen.

SPD. Paris, 7. März (Eig. Drahtb.)

Der seit langem schwebende Streit um die Wiedereröffnung des Spielkasinos in Enghien hat am Sonnabend in der Kammer seine Entscheidung erfahren. Mit 340 gegen 250 Stimmen wurde die Wiedereröffnung aller im Umkreis von 100 Kilometern von Paris liegenden Spielhöhlen beschlossen.

Dem Beschluss ging eine längere Diskussion voraus, in der die alten Argumente von der gefährdeten Volksmoral aufgetischt wurden. Die Tatsache, dass der Eintritt zum Spielkasino von Enghien 500 Franken pro Person kosten wird, veranlasste einen Redner zu der Bemerkung, dass dieser hohe Eintritt zur Folge haben werde, dass der betreffende Kassierer oder Angestellte der Geschäftskasse 500 Franken mehr entnehmen werde. Trotzdem dieser Einwand von der Mehrzahl der Abgeordneten aus durchaus zutreffend empfunden wurde, beschloss man die Wiedereröffnung der Spielbank, da man von Anfang an gewillt war, dem brach liegenden Badeort Enghien zu Hilfe zu kommen. Die "Kranken" eleganter französischer Badeplätze verlangen nun einmal Spielkasinos.

SPD. Die italienische Presse, die sich noch vor zwei Wochen wild anti-französisch gebärdete, ist fast über Nacht wieder umgeschwenkt. Jetzt steht das alte Thema der "Solidarität zwischen den beiden lateinischen Schwestern" wieder in Ehren. Vorbei das Kokettieren mit Berlin und mit Moskau, vorbei das Lockspitzelgeschrei zu Gunsten der Revision der unhaltbaren Friedensverträge, vorbei das Lobpreisen des "erwachenden nationalen Deutschland". Schon vertröstet der "Popolo d'Italia" die deutschen Nationalisten auf spätere Zeiten. Dafür wird Stimmung gemacht für gegenseitige Besuche der französischen und der italienischen Flotte und man spricht bereits von einer baldigen Begegnung zwischen den beiden Staatsoberhäuptern König Victor-Emmanuel und Präsident Doumergue.

Diesen völligen Umschwung hat die durch das Eingreifen Englands herbeigeführte Flotteneinigung zwischen Frankreich und Italien bewirkt. Die italienische Presse, die keine eigene Meinung hat, sondern nur die Direktiven Mussolinis sklavisch befolgt, kann sich diesen Frontwechsel viel leichter leisten

als die Presse jeden anderen Landes. Indessen sind unsere Nationalisten sprachlos. Noch vor drei Monaten sandte Mussolini eine offizielle Faschistenabordnung zum Stahlhelmtreffen in Koblenz. Wenige Wochen danach unternahm als Gegenbesuch eine Stahlhelmdellegation eine Pilgerfahrt nach Rom und Mailand, zum "Duce", zum Grabmal des unbekanntes italienischen Soldaten, zum "Popolo d'Italia", so würdelos, dass der Reichspräsident von Hindenburg als Ehrenprotektor des Stahlhelms sein Missfallen darüber verlautbaren liess. Und nun sollte dieser Traum bereits verflogen sein? Unsere Hitlerianer und Hugenberger können das gar nicht fassen.

Diese Ernüchterung und dieses Erstaunen ist nur ein Beweis mehr für die grenzenlose aussenpolitische Naivität und Ignoranz der Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Wir haben von der ersten Stunde an vor den Illusionen gewarnt, die unsere Schwarz-Weiss-Roten an das faschistische Liebeswerben um Deutschland knüpften. Immer wieder haben wir betont, dass es sich dabei nur um einen rein egoistischen Versuch des faschistischen Italiens handelte, Deutschland als Sturmbock gegen Frankreich zu missbrauchen, um von Frankreich Konzessionen zu erlangen. Aber die Hitler, Hugenberg, Seldte und Konsorten nahmen die faschistischen Lobhudeleien für bare Münzen und sahen schon im Geiste das neue Bündnis -im Osten durch Russland erweitert -, mit dem man Frankreich (und Polen) siegreich würde schlagen können.

Wir aber waren uns klar, dass, sobald Italien seinen Zweck erreicht haben würde, Frankreich zu schrecken und ihm Zugeständnisse abzupressen, der ganze Spuk schnell vorüber sein würde. Wir haben noch viel früher recht behalten als wir glaubten: für ein paar Tausend Tonnen Kriegsflotte, auf deren Bau Frankreich verzichtet, um so praktisch den Schein der Flottengleichheit zu gewähren, hören die blutrünstigen Deklamationen der italienischen Presse gegen Frankreich schon auf. Jetzt liegen sich die beiden "lateinischen Schwestern" in den Armen.

Mag sein, dass dieses Idyll nicht allzu lange dauern wird. Sind die Flottenbesuche, die Begegnung der Staatsoberhäupter vorbei, ist vielleicht sogar die erstrebte französische Anleihe für Italien abgeschlossen, dann wird es in Rom wahrscheinlich wieder losgehen, mit dem Ziel, irgendeine Oase in der afrikanischen Wüste an der Südgrenze Lybiens und Tunis zu erlangen, oder gar ein Kolonialmandat. Dann werden die Hassgesänge gegen Frankreich in den römischen Blättern wieder beginnen, Mussolini wird neue Drohreden halten, Rom wird sich wieder für die Hitler-Bewegung und den Stahlhelm interessieren - und unsere Schwarz-Weiss-Roten werden wieder darauf hereinfallen. Denn sie sind eitel und dumm, und werden von Aussenpolitik nie etwas verstehen!

SPD. Neurode, 7. März (Eig. Drahtb.)

Der Kreistag Neurode nahm am Sonnabend nach einer erregten Sitzung eine Entschliessung an, in der gegen die Absicht der Preussischen Regierung, keine Mittel für die Wiederaufnahme der Arbeit auf der "Wenzeslaus-Grube" bereit zu stellen, heftig protestiert wird. Ueber 10 % der gesamten Bevölkerung des Kreises wären zurzeit erwerbslos und selbst, wenn mit staatlicher Hilfe weitere Notstandsarbeiten durchgeführt würden, so könnten diese nur dazu dienen, den bis jetzt an den grossen Wasserleitungsbauten beschäftigten Arbeitskräften einen kargen Verdienst zu sichern, während die Angestellten und Bergarbeiter der "Wenzeslaus-Grube", insgesamt 2 600 Personen, weiterhin brotlos blieben. Die Lage werde verschlimmert durch die beabsichtigte Stilllegung der Betriebe der Neuroder Kohlen- und Tonwerke. Eine Erhöhung der Kreissteuer zum Zwecke der Unterstützung der Arbeitslosen sei untragbar.

SPD. Die Nationalsozialisten und ihr deutschnationales Anhängsel spielen sich gern als die unentwegten Vertreter der Interessen der Frontkämpfer und Kriegsoffer auf. Wie es mit ihrer Teilnahme an den Sorgen der Kriegskrüppel in Wirklichkeit steht, zeigt am besten die Tatsache, dass sie sich um die Hilferufe und Petitionen der Kriegsbeschädigten den Teufel scheren. Im 16. Ausschuss des Reichstages liegen eine Menge unerledigter Petitionen von Kriegsbeschädigten vor, Aus der Fülle dieser Eingaben wurden von dem Vorsitzenden den Nationalsozialisten 89 und den Deutschnationalen 35 zur Erledigung zugeteilt. Wer wird diese Petitionen erledigen, nachdem die damit Beauftragten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, aus dem Reichstag davongelaufen sind?

Die Petitionen sind in vielen Fällen der letzte Versuch der Kriegsoffer, irgendeine kleine Erleichterung ihrer Lage zu erreichen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat daher ihre im Ausschuss vertretenen Mitglieder stets beauftragt, die ihnen zugeteilten Petitionen der Kriegsoffer so rasch und so gewissenhaft wie nur möglich zu erledigen. Falls einzelner Fraktionsmitglieder durch Krankheit oder sonstwie an einer raschen Erledigung der Gesuche verhindert sind, müssen die Petitionen von anderen Fraktionsmitgliedern übernommen werden, damit nicht unnötige Verschleppungen vorkommen. In vielen Fällen hängt nämlich alles davon ab, ob solch eine Petition sofort geprüft wird, weil es oft noch möglich ist, sie auf den Instanzenweg zu leiten und auf diese Weise dem Kriegsoffer durch ordnungsmässige Erledigung zu seinem Recht zu verhelfen. Wenn die Fristen versäumt werden, dann ist es meist sehr schwer, neue berufungsfähige Bescheide zu erhalten, um den entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Die Herren Nationalsozialisten bummeln auf Reichskosten im Lande umher und buhlen in den Versammlungen um die Stimmen der Kriegsoffer. Die Erledigung der Petitionen der Kriegsoffer dagegen und den Kampf um die Aufrechterhaltung der Kriegsoffer-Versorgung überhaupt überlassen sie anderen Parteien. Wenn sich diese anderen Parteien jetzt weigern würden, die auf die Davongelaufenen entfallenden Gesuche zu erledigen, dann hätten die Kriegsoffer das Nachsehen - und nicht nur die Kriegsoffer; denn der Reichstag hat mehr als 20 Ausschüsse, und jeder dieser Ausschüsse muss Bittschriften aus allen Schichten des Volkes erledigen. Tausende von Menschen, die sich in ihrem Elend verlassen fühlen und daher an den Reichstag wenden, werden von den Nationalsozialisten schmählich in Stich gelassen. Die Hilferufe der im Elend versinkenden Volksgenossen sind den "Befreiern" Deutschlands schnuppe. Sie müssen Versammlungen abhalten, auf der Strasse Krawalle machen und in München ihren Parteipalast herrichten - für die Armen haben sie keine Zeit.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850

## Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 7. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag erledigte in seiner Sitzung vom Sonnabend, die schon um 10 Uhr begann, den Haushalt des Reichstags. Ein Antrag des Landvolks, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten noch weiter zu kürzen, wurde dem Aeltestenausschuss überwiesen.

Die Sozialdemokratie hatte beantragt: "Die Mitglieder des Reichstags sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmen (Privatunternehmen, gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Unternehmen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder inne haben. Der Präsident des Reichstags führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstags. Abgeordneter Heinig erklärte hierzu, die Sozialdemokratie wolle keine Schnüffelei, aber eine klare Scheidung zwischen politischen Interessentengruppen und den Parlamentariern. Der sozialdemokratische Antrag und ein staatsparteilicher Antrag, der ein ähnliches Ziel verlangt, wurden dem Ausschuss überwiesen. Der Haushalt wurde dann unter Ablehnung einer Anzahl von kommunistischen Anträgen angenommen.

Es wurde dann das Gesetz über die Neuregelung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung beraten. Für die Sozialdemokratie schilderte Frau Abgeordnete Kunert in eindrucksvoller Weise die Ausbeutung, die bisher vielfach von privaten Stellenvermittlern geübt worden ist. So haben Agenten für Artisten bis zu 50 Prozent des Einkommens Vermittlungsgebühr verlangt. Auch Krankenschwestern wurden stark durch Stellenvermittler ausgebeutet. Am schlimmsten waren die Zustände der Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe. Buffetiers zahlten 100 bis 400 Mark Vermittlungsgebühr, Aushilfsmädchen 20 Prozent ihres Tagesverdienstes. Vielfach war die Vermittlung kaum verhüllte Kuppelei. Die Sozialdemokratie müsse deshalb darauf bestehen, dass die private Stellenvermittlung zum 1. April 1931 endgültig und generell aufgehoben wird. Sie lehne den Ausschussbeschluss ab, der eine Fortführung privater Stellenvermittlung bezweckt. Die Stellenvermittler sollen eine angemessene Entschädigung erhalten.

Ausser der Frau Abg. Kunert nahm niemand das Wort. Die Abstimmung wurde vertagt, weil ein Teil der Abänderungsanträge noch nicht gedruckt war. Ohne Aussprache wurde in zweiter und dritter Beratung das Zusatzabkommen zum deutsch=französischen Handelsabkommen verabschiedet. Der Notenwechsel wegen Verlängerung des deutsch=rumanischen vorläufigen Handelsabkommens und der Gesetzentwurf über das Genfer Handelsabkommen wurden dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Um 11 Uhr konnte der Präsident die Tagesordnung für erledigt erklären.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u.a. die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und das Kraftfahrzeugsteuergesetz.

# Deutscher Reichstag

39. Sitzung vom 7. März, 10 Uhr

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushaltes des Reichstags.

Abg. Dr. Weber (Staatspt.) begründet dazu den damit verbundenen Antrag der Staatspartei, der eine Klarstellung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit der Abgeordneten erreichen will. Angabepflichtig soll für den Abgeordneten sein jede Unternehmertätigkeit für eigene oder fremde Rechnung, jede Stellung als Vorstandsmitglied einer privaten oder öffentlichen Erwerbsgesellschaft, als Syndikus, Sekretär oder sonstiger Leiter eines Interessen-, Fach- oder Berufsverbandes, insbesondere auch jede regelmässige Schiedsrichter- und Gutachtertätigkeit für bestimmte Verbände oder Firmen sowie jedes Aufsichtsratsmandat.

Der Redner führt zur Begründung des Antrags aus, es müsse endlich einmal durch völlige Klarstellung dem Gerede von der Korruption im Reichstag ein Ende gemacht werden. Er schlägt weiter vor, dass während der sitzungsfreien Zeit die Abgeordneten von ihren Diäten wenigstens 20 Mark im Monat zugunsten des während dieser Zeit stellungslos werdenden Personalsopfern.

Abg. Esser (Ztr.) bedauert, dass Dr. Weber seinen Vorschlag zugunsten der Angestellten in öffentlicher Sitzung gemacht habe. Der Reichstag lasse seine Angestellten nicht hungern. Der Redner beantragt Ueberweisung der Anträge an den Aeltestenrat.- Abg. Hainig (Soz.) begrüsst den Antrag Weber. Der Reichstag müsse durch Klarstellung der Verhältnisse den Korruptionsschnüfflern das Handwerk legen.- Der Antrag Holzamer (Wirt.Pt.) wird angenommen.- Der Antrag Dr. Weber (Staatspt.) wird dem Aeltestenrat überwiesen, ebenso ein Antrag Döbrich (Landvolk) auf Kürzung der Abgeordnetendiäten. Danach sollen alle Diäten um weitere 20 % gekürzt werden, die der Abgeordneten in Beamtenstellung um 10 % darüber hinaus, die der in Berlin ansässigen Abgeordneten um weitere 10 %. Wenn der Reichstag nicht tagt, so sollen die Diäten für die sitzungsfreie Zeit um die Hälfte gekürzt werden.- Der Haushalt des Reichstags wird dann in zweiter Beratung bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der gewerbmässigen Stellenvermittler.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat die Regierungsvorlage vollständig umgestaltet und im Sinne volksparteilicher Anträge bestimmt, dass die Stellenvermittler für Haus- und Gastwirtspersonal die Wahl haben, ob sie den Betrieb bis zum Lebensende des Inhabers fortführen oder den Betrieb gegen Entschädigung aufgeben wollen.

Abg. Frau Kunert (Soz.) beantragt im Gegensatz zur Ausschussfassung die Aufhebung aller Betriebe der gewerbmässigen Stellenvermittler gegen Entschädigung. Durch gewissenlose Vermittler weiblichen Personals werde geradezu ein Handel mit Menschenfleisch getrieben. Die "individuelle" Vermittlung, deren Vorzüge oft vor den öffentlichen Nachweisen gepriesen werden, habe ihr Unterscheidungsmerkmal im Grunde nur darin, dass die Vermittler an das von ihnen vermittelte weibliche Personal Zumutungen stellen, die hart an den Tatbestand des Kuppeleiparagraphen streifen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Abstimmung wird vertagt.- Ohne Debatte wird dann das Zusatzabkommen zum deutsch=französischen Handelsabkommen in zweiter und dritter Beratung angenommen.- Der Notenwechsel zum deutsch=rumänischen Abkommen und das Genfer Handelsabkommen werden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Um 11 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3 Uhr: 2. Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums.

## Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 7. März 1931 (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag erledigte am Sonnabend in einer sehr ausgedehnten aber ereignislosen Sitzung die zweite Lesung des neuen Gross-Berlin-Gesetzes. Seitdem die Mehrheitsparteien sich im Ausschuss geeinigt haben, ist das Interesse an der Vorlage stark geschwunden.

Abg. Paul Hirsch (Soz.) berichtete über die mühevollen Ausschussverhandlungen und gab einen Ueberblick darüber, wie weit schliesslich Regierung und Mehrheitsparteien den Einfluss des Oberbürgermeisters ausgedehnt haben, um eine einheitliche Leitung der Berliner Verwaltungsgeschäfte sicherzustellen, und wie sie durch eine entlastete Stadtverordnetenversammlung versucht haben, auch das parlamentarische Organ der Stadtverwaltung wieder funktionsfähig zu machen.

Abg. Dr. Lohmann (Soz.) erklärte für die Sozialdemokratie sein Einverständnis mit dem erzielten Kompromiss. Eine grundlegende Aenderung des Berliner Verwaltungsaufbaues ist nicht erzielt worden, und vielleicht reichen die Erfahrungen mit dem jetzt gerade 10 Jahre bestehenden Gross-Berlin-Gesetz dazu auch nicht aus. Aber was musste geschaffen werden, welche Bedürfnisse waren unabweisbar? Eine Lösung der Berliner Oberbürgermeisterfrage und im engsten Zusammenhang mit der Wiederherstellung einer in der Spitze leistungsfähigen Stadtverwaltung, die Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten. Unter dem gegenwärtig geltenden Gross-Berlin-Gesetz hätte wohl kein wirklich tüchtiger Kommunalfachmann sich bereitgefunden, das Erbe des Herrn Böss anzutreten. Man darf hoffen, dass durch die jetzt vereinbarte Novelle der Einflussbereich des Oberbürgermeisters so vergrössert worden ist, dass sich ein tüchtiger Chef für die Berliner Kommunalverwaltung finden lässt und auch die Möglichkeit hat, nutzbringend zu arbeiten. Dies und die Abstellung anderer schwer fühlbar gewordener und allgemein zugegebener Missstände ist der Zweck der Gesetzesreform, der auch die Sozialdemokratie zustimmen kann.

Wenn Abg. Lohmann (Soz.) darüber hinaus erklärte, dass im Grossen gesehen das Gesetz aus der Verfassungsgebenden Landesversammlung, das Gross-Berlin ins Leben gerufen hat, sich wohl bewährt habe, so wird man ihm unbedingt zustimmen müssen. Ebenso darin, dass sich die Sozialdemokratie ihrer Mitarbeit in der Kommune Berlin nicht zu schämen braucht. Aus rein demagogischen Gründen sind Missstände und Unredlichkeiten, die vorliegen, masslos übertrieben und zu Sensationen aufgebauscht worden. Dabei ist die Berliner Kommunalarbeit durchaus gut und gesund gewesen, und auch die hohen schwebenden Schulden Berlins sind keineswegs ein Gegenbeweis: solche Schulden haben in der Aera Schacht fast alle Grossstädte machen müssen, Berlin ist durchaus nicht am schlechtesten daran.

Die langausgedehnte Debatte brachte fast nur Wiederholungen tausendmal gehörter Argumente. Die Beratung wurde schliesslich abgeschlossen und die Abstimmungen auf den 18. März vertagt. - Nächste Sitzung Dienstag, den 17. März: Etat der Unterrichtsverwaltung.

# W N Aus s aller Welt

Im Banne der Lotterie.

Das Volk Italiens schwört auf einen Küster! - Zauber, Zahlen, Sensationen.

SPD.Rom, Anfang März (Eig.Bericht)

In Deutschland ist vor wenigen Tagen das Grosse Los der Preussisch-Süd-deutschen Klassenlotterie herausgekommen. Das Glück erreichte viele, die es brauchen können. Ausführlich wurde man über die üblichen, stets etwas sentimentalen Szenen unterrichtet, die sich bei der Bekanntgabe der Glücksnachricht abspielten. Der eine Bericht dürfte Seltenheitswert haben: der von dem kleinen Bauern, der zu dem Lotteriekollekteur, der ganz aufgeregt zu ihm gestürzt war, sagte: "Das hätten Sie mir doch auch schriftlich mitteilen können! Das hätte doch Zeit gehabt." Man muss sichs merken: es ist Hessen, wo es noch so ruhige Leute gibt.

## Ueberall Zauberbuden.

Es ist interessant, auch einmal einen Blick in ein anderes Land zu werfen. Italien steht beispielsweise eigentlich immer im Zeichen der Lotterie. Jeden Sonnabend ist Ziehung. Jede Woche steckt der Staat viele Millionen ein und zahlt wenig aus. Noch im kleinsten und weltabgelegensten Ort hat er jene finsternen und armseligen Ladenbüros, auf denen als Schild nur das Wort "Banco Lotto" steht und das immer wieder Tausende anlockt. Eine lächerliche Zauberbude, die man in grösseren Städten zu Dutzenden in allen Stadtteilen antreffen kann und deren Zauber man nicht begreift, wenn nicht aus dem ewigen Verlangen nach einem bischen Glück, aus einer natürlichen und unausrottbaren Sehnsucht, die sich hier auf merkwürdige und groteske Art mit einem unausrottbaren Aberglauben paart. Denn nur aus Aberglauben, der aus jedem grössten und kleinsten Geschehnis des Lebens sich seine Ziffern nach kabbalistischen Formen zusammenstellt, kann man auf die Gewinnmöglichkeit dieses Lottospiels hoffen. Die Unmoral des Lottospiels als staatlicher Einrichtung liegt gerade in diesen äusserst geringen Gewinnchancen. Jede andre Staatslotterie oder staatlich genehmigte, setzt so und soviel Gewinne und Prämien auf so und so viel Lose aus. Beim Lotto ist die Zahl der Lose und die Höhe der Einsätze unbegrenzt und die Gewinnchance fast bis zur Unwahrscheinlichkeit begrenzt. Denn von den 90 Zahlen, die gezogen werden, kann man nur zwei beliebige als Ambo, drei als Terno und vier als Quaterna spielen. Für das Ambo stehen aber nur zehn mögliche Kombinationen als Gewinnchancen der Spieler gegen 3995 Chancen des Staates. Beim Terno stehen 117 470 Verlustmöglichkeiten gegenüber nur zehn Gewinnchancen. Und bei der Quaterna gar, bei der allein grosse Gewinne zu haben sind, schliesst der Staat sie schon von vornherein mit der enormen Ziffer von 2 555 185 Verlustmöglichkeiten gegen höchstens fünf Kombinationschancen aus, sodass man sagen kann, dass der einzelne Spieler zum Staat im Kampf um einen Gewinn wie 1 : 2 555 185 steht.

## Der Glaube an das Wunder.

Aber wer im Volke fragt nach diesen klaren mathematischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen, die erst die ganze bei jedem Privatunternehmen verbotene Unmoral dieser staatlichen Einrichtung aufdecken, wer kennt sie überhaupt? Man glaubt an die Kraft des Glückes, man glaubt vor allem an die Kraft des Wunders. Hellseher und Traumdeuter haben infolgedessen dauernd ihre grosse Zeit. Gegenwärtig ist ein bescheidener kleiner Dorfküster Held des Lottos. Die Massen schwören auf ihn. Er will nicht, wie die anderen, mit seinen Ratschlägen verdienen, gar am Gewinn beteiligt sein, er spielt auch nicht selber. Trotz seiner

Uneigennützigkeit hat er, der nichts als ein Küster sein und andere Leute glücklich machen will, es schon mit dem gewichtigen Amtorgan des Vatikans zu schaffen bekommen, Verteidigungen, Anklagen, Versicherungen des "rechten christkatholischen Glaubens" gehen durch die Presse hin und her. Indessen telegraphierten sogar die italienischen Auswanderer aus Nord- und Südamerika an den Küster um die Lottozahlen....

Und so taucht jedes Jahr ein anderer Hellseher auf, meist unter amüsanten Begleitumständen. Die Presse berichtet spaltenlang und getreulich von seinen unfehlbaren Voraussagen, weniger von Erfolgen allerdings. Tatsächlich aber gab es vor drei Jahren einen Lottoweisen, der ein paar Wochen lang mit den vorausgesagten Nummern erstaunliches Glück hatte. Kein politisches Ereignis interessierte damals so, wie dieser Glücks-Pilz.

#### Die Kaballa des Lotto.

Und dann die Literatur, die man zu Rat und Hilfe zieht! Das ist eine ganze Industrie: die "Weisen", die "Hellseher", die "Traumdeuter", die Verfasser der "Kaballa des Lotto", deren bekannteste und am meisten gebrauchte, "die einzige und wahre", alle Ziehungsnummern des Glücksrades von Neapel seit dem Jahre 1682 bis zur Gegenwart enthält. Aus der Kaballa kann man ablesen, welche Zahlen dem oder jenem privaten oder öffentlichen Ereignis entsprechen. Wer sich verlobt oder verheiratet, wem ein Kind geboren wird oder wann ein Verwandter stirbt, wem ein Unglücksfall zustösst, oder ein besonderer Glücksfall, der hat als leidenschaftlicher Lottospieler nicht zuerst an Frau, Kind oder der Toten zu denken, sondern an die Daten, die mit ihnen zusammenhängen und sich zu einem Ambo, Terno oder gar zu einer Quaterna fügen lassen.

#### Wie böse Vorzeichen entstehen.

Selbst Strassenunfälle und Alltagstragödien der Leidenschaft sind sehr beliebt, zum Spiel natürlich. Denn als Zuschauer oder als Leidtragender hat man immer die Chance, aus den Nummern der beteiligten Autos, Strassenbahnen oder Schutzleute, aus den Lebensdaten der Ueberfallenen sich seine Glücksnummer zu fügen. Und man kann oft genug beobachten, wie die Leute, nicht einmal besonders heimlich, sich diese Nummer gleich auf der Strasse aufnotieren. Oeffentliche grosse Ereignisse, wie z.B. die Daten des Versöhnungsvertrags mit dem Vatikan, wurden und werden in ungeheurer Teilnehmerzahl ausgespielt. Und der Zufall, nein doch, die göttliche Vorsehung der Gläubigen, wollte es, dass einige Zahlen des Versöhnungsvertrages wirklich gewannen. Die aber die Daten nach anderen Kombinationen zusammengesetzt hatten und nicht gewannen, sahen darin ein böses Vorzeichen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Vatikan und Regierung....

#### Sämtliche Zähne und zwei Ohrfeigen.

Eine Fülle von Figuren und ergötzlichen Geschichten illustrieren das bunte Panoptikum des Lotto. Da ist beispielsweise die Sache mit dem Turiner Advokaten, der sein Vermögen und die Einlagen seiner Klienten mit wöchentlichen grossen Einsätzen verspielte und selbst im Gefängnis nicht verzweifelte und weiterspielte, bis zu der kleinen Hausfrau, die sich alle gesunden Zähne ziehen liess, weil sie für jedes Zahnziehen von ihrem Manne 10 Lire verlangen konnte, die sie verspielte, aber um den Vorwand zur Wahrheit zu machen, sich doch jedes Mal einen Zahn ziehen lassen musste, was in der Poliklinik kostenlos möglich war. Und dann ist da die Geschichte von jenem Bauern, der jüngst seinen Buben zum Klosterbruder schickte (die und alle Kirchenmänner sind in Süditalien für Voraussagen besonders beliebt) und nach den "richtigen" Zahlen fragen liess. Der Pater gab dem Jungen zur Antwort zwei Ohrfeigen und schon stellte der Bauer aus diesem "Ereignis" selber die richtigen Zahlen zusammen und - gewann....

F.

+ + +

Lupu Pick +.

## Der jähe Tod eines grossen Künstlers.

SPD. In seinem Hause in Wannsee bei Berlin verstarb der bekannte Filmregisseur Lupu Pick, der Vorsitzende der Dachorganisation der filmschaffenden Künstler Deutschlandw, im Alter von 45 Jahren. Lupu Pick war einer der wenigen, die immer wieder versucht haben, die deutsche Filmindustrie in den künstlerischen Adelsrang zu erheben. Ein grosser Idealist, ein tüchtiger Könnler ist mit ihm dahingegangen.

Noch steht die Todesursache nicht fest, der Leichnam soll obduziert werden. Der wahrscheinliche Todesgrund ist, dass Pick, der herzkrank war, die Morphiumeinspritzungen nicht aushielt, die ihm verabreicht worden waren, um die durch eine Fleischvergiftung verursachten Schmerzen zu mildern. Fast jeder andere hätte diese Einspritzungen überstanden - aber Pick war schon im starken Grade herzleidend, er hatte sich durch seine vielseitige intensive Tätigkeit buchstäblich krank gearbeitet. Das Ende selbst war plötzlich: Pick verschied, nachdem er wenige Stunden vorher bei einer festlichen Veranstaltung der Tobis eine geist- und gedankenvolle Ansprache gehalten hatte.

Pick hat als Schauspieler in Berlin angefangen, unvergesslich ist sein Onkel Eli in Georg Hermanns "Jettchen Gebert", eindrucksvoll seine Mitwirkung in Pirandellos Stegreif-Stück. Dann fing ihn der Film und er fing ihn: mit durch seine Stosskraft und Besessenheit wurde die Dreigroschendramatik der ersten Filme öfter und öfter abgelöst durch wertvolle, der grossen technischen Erfindung würdige Stoffe, die dann in ihm einen tief empfindenden Gestalter fanden. Man denkt an "Scherben", den titellosen atemberaubenden Film mit Asta Nielsen und Anita Berber, an den Napoleonfilm mit Hermann Krauss, an die "Wildente".

Zum Tonfilm gewann Pick nur langsam Beziehung: die grosse Mode konnte ihn nicht über die vorläufige Problematik der neuen Film-Abart hinwegtäuschen. In dem "Gassenhauer", der bis in die letzten Tage in den Berliner Grunewald-Ateliers gedreht wurde, versuchte Pick trotzdem die aktive Auseinandersetzung mit dem Sprechfilm. Ist "Gassenhauer" geglückt, dann ist es bestimmt sehr geglückt, denn Pick war stets ein Bahnbrecher, fern dem Kitsch, fern der Unkunst. Trauriger Gedanke, dass Lupu Pick die in nächster Zeit angesetzte Uraufführung nicht mehr erleben soll.

Explosionskatastrophe. Eine schwere Explosion ereignete sich in einem grossen Munitionsdepot bei Auxerre (Frankreich), wo aus bisher unbekanntem Ursachen zwei mit Sprengstoffen belegte Baracken von je hundert Meter Länge und 25 Meter Breite in die Luft flogen. Es explodierten mehrere tausend Tonnen Pulver. Die aufsteigenden Flammen waren 30 Kilometer weit zu sehen. Die zahlreich herbeigeeilten Löschzüge mussten sich darauf beschränken, ein Uebergreifen des Feuers auf andere Baracken zu verhindern, zumal die Möglichkeit bestand, dass weitere nahe gelegene Munitionslager gleichfalls in Explosionsgefahr gerieten. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Francs. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Spannender Betrugsprozess. Vor den Kölner Gerichten schweben gegenwärtig mehrere Prozesse der Reichsbahn gegen einen jetzt 60 Jahre alten ehemaligen Urmacher und späteren Werksdirektor, der vor 25 Jahren einen Eisenbahnunfall erlitten haben will. Seit dieser Zeit hat er nahezu eine halbe Million Mark Rente von der Reichsbahn bezogen, ausserdem in jedem Jahre Mittel für einen Kur-aufenthalt usw. Jetzt klagt der Mann auf eine Restabfindung von 150 000 Mark. Die Reichsbahn, die heute davon überzeugt ist, dass der Mann den Unfall nur vorgetäuscht und 25 Jahre lang Ärzte, Richter und Anwälte irregeführt hat, verklagte ihn auf Betrug. Auf das Urteil darf man gespannt sein.

Aus dem Flugzeug gestürzt. Um Selbstmord zu begehen, stürzte sich auf der Flugstrecke Tokio-Osaka ein bis jetzt noch unbekannter junger Mann aus der Aussentür des Apparates in die Tiefe. Er verunglückte tödlich.

+ + +  
Dorfkrieg in Bulgarien. Zwischen den beiden an der Schwarzen Meerküste liegenden bulgarischen Dörfern Türkmeni und Enimachle tobt seit langen Jahren ein heftiger Streit um den Besitz eines Waldes. Kürzlich haben nun die männlichen Einwohner von Türkmeni während der Nacht kurzerhand den Wald besetzt und die Bäume zu fällen und abzutransportieren begonnen. Als die Bauern von Enimachle davon erfuhren, bewaffneten sie sich mit Schiessprügeln, Gabeln, Sensen, Hacken und marschierten gegen die feindlichen Nachbarn, die, auch nicht faul, nun zu ihren Aexten griffen. Es kam zu einem erbitterten Kampf, bei dem 2 Bauern getötet und viele schwer verwundet wurden. Die Bauern von Enimachle behielten die Oberhand und führten zahlreiche Gegner als Gefangene ab. Die Regierung bot eine Eskadron berittener Gendarmerie auf, die schliesslich den Frieden wiederherstellte.

+ + +  
"Wühlereien" in Monaco. Im Fürstentum Monaco, das erst jüngst durch den Eheskandal seiner Souveräne die Gemüter erheiterte, scheint wieder einmal ein Komplott gegen den regierenden Fürsten Prinz Louis II. im Gange zu sein. Im Mittelpunkt der neuen Kampagne gegen den Hof steht Prinz Pierre, der geschiedene Gatte der Prinzessin Charlotte, die mit einem italienischen Doktor durchgegangen war, Prinz Pierre hat sich in einem Schloss unweit der monegasischen Grenze niedergelassen und dirigiert von dort aus die gegen seinen Schwiegervater gerichteten Manöver. Prinz Louis begegnet angesichts dieser Machinationen seinen Untertanen mit grossem Zynismus. Dieses Verhalten ist nicht gerade dazu angetan, seine Chancen für die Wahlen, die auf den 15. April anberaumt sind, zu erhöhen.

+ + +  
Neuer Flugrekord. Die amerikanische Pilotin Ruth Nicholls stieg über New York mit ihrem Flugzeug 9150 Meter hoch. Der bisherige Welthöhenrekord für Damen wurde mit 7500 Metern von der Pilotin Elenore Smith gehalten.

+ + +  
Reutters Beisetzung. Die sterblichen Ueberreste von Otto Reutter wurden am Sonnabend unter grosser Beteiligung der Bevölkerung in seiner Heimatstadt Gardelegen zu Grabe getragen. Die Beisetzung erfolgte in unmittelbarer Nähe der Gräber von Reutters Eltern. Im Namen der Internationalen Artistenloge widmete dessen Präsident dem Verstorbenen herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes; ebenso feierte ihn als Vertreter der Theaterdirektoren deren Verbandsdirektor, der u.a. mitteilte, dass am Sonnabend in allen grossen Varietés Deutschlands zum Zeichen der Trauer um Otto Reutter die Fahnen auf Halbmast gehisst worden seien.

+ + +  
Schwerer Verkehrsunfall. Am Sonnabend Nachmittag gegen 5 Uhr rammte im Osten Berlins ein grosses Lieferauto ein Motorrad mit Beiwagen. Der Fahrer des Motorrades und zwei Frauen, die in dem Beiwagen bzw. auf dem Sozius sass= sen, wurden in weitem Bogen auf das Strassenpflaster geschleudert. Die eine Mitfahrererin erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot. Der Motorradfahrer und seine zweite Begleiterin erlitten schwere Verletzungen.

+ + +  
Dampferkatastrophe: 20 Tote. Am Sonnabend stiessen auf der Donau in der Nähe der Insel Ada Kalch bei Orsova zwei südslawische Personenfahpfer zusammen. 20 Personen kamen ums Leben.

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau

Dumme werden gesucht.

Zur Betriebsratswahl.

SPD. Die Nationalsozialisten und Kommunisten versuchen mit aller Macht, die Betriebsratswahlen zu politisieren. Sie sprechen in ihrer Agitation nicht über die Aufgaben der Betriebsräte, sondern fast nur über politische Fragen, auf deren Lösung die Betriebsräte keinen unmittelbaren Einfluss haben. Die verlogenen rechts- und linksbolschewistischen Demagogen tun so, als ob nicht Betriebsräte, sondern Reichstagsabgeordnete zu wählen seien. So hat der kommunistische Bergarbeiterverband ein förmliches Kampfprogramm als Auftakt zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen veröffentlicht, das das nicht weniger als 40 Forderungen enthält. Verlangt wird z.B. die Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich sowie eine Lohnerhöhung von 6 % und 50 Pfennig pro Mann und Schicht, ferner ein Verbot aller Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen oder, falls trotzdem Entlassungen vorkommen, Weiterzahlung des Lohnes. Auch eine Erhöhung der Knappschaftsrenten wird gefordert, obwohl die Kommunisten sicherlich auch wissen, dass bereits ein Fehlbetrag von 100 Millionen Mark vorliegt. Die meisten Forderungen, die das Kampfprogramm der Kommunisten enthält, können nur auf tariflichem oder gesetzlichem Wege erfüllt werden, d.h. die Betriebsräte können kaum etwas für die Verwirklichung eines solchen Kampfprogramms unternehmen. Entscheidend hierfür sind einzig und allein die politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse.

Die Betriebsräte haben, wenn sie ihre Angaben ernst nehmen, gerade genug zu tun. Man braucht ihnen wirklich nicht erst noch politische Kampfprogramme aufzupacken. Programme sind im übrigen ja billig wie Brombeeren. Wenn der Arbeiterschaft mit Programmen geholfen werden könnte, dann wäre sie angesichts der bei den Nationalsozialisten und den Kommunisten erstaunlich starken Fabrikation von Versprechungen und Projekten längst nicht nur im Dritten Reich oder im Sowjetparadies, sondern schon im siebenten Himmel. Mit Kraftsprüchen ist der Arbeiterschaft jedoch nicht gedient. Am allerwenigsten können Spruchmacher, Schreier und Krakeeler in den Betrieben etwas helfen. Hier braucht man, wenn die Interessen der Arbeiterschaft sachlich, nachdrücklich und erfolgreich vertreten werden sollen, Leute, die vom Betriebsrätengesetz, vom Arbeitsrecht und gewerkschaftlichen Dingen eine Ahnung haben und auch sonst nicht weltfremd oder begriffsstutzig sind, Solche Leute gedeihen aber nicht in dem Versammlungsrat der Kommunisten und der Hitlerbanden. Was soll ein Betriebsrat schon mit den Hitlerphrasen über den Youngplan oder über die Zinsknechtschaft bei Arbeitsstreitigkeiten oder anderen Differenzen in seinem Betrieb anfangen? Antwort: Garnichts. Das Rüstzeug, das ein Betriebsrat für die Verteidigung der Interessen seiner Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber braucht, kann er sich nur aus der Waffenkammer der Gewerkschaften holen. Die Gewerkschaften aber sind den Kommunisten wie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. In ihrem Hass gegen die Gewerkschaften hat sich z.B. die KPD-Fraktion im preussischen Landtag sogar dazu verstiegen, für die Zulassung der Rechtsanwälte zur Vertretung bei den Arbeitsgerichten einzutreten. Ihr Mitglied Steinfurth begründete diesen Verrat der Arbeiterinteressen mit dem albernen Gerede, es sei nicht mehr als recht und billig, das schwarz-rot-goldene Monopol der Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zu beseitigen. Die Tatsache, dass Rechtsanwälte, die einmal Arbeitgeberinteressen und ein anderes Mal Arbeiterinteressen vertreten sollen,

niemals für die Grundsätze des Arbeitsrechts mit Ueberzeugung eintreten können, hat die KPD=Fraktion im preussischen Landtag bei ihren Verräterstückchen nicht gestört. Es kümmerte sie auch nicht, dass Rechtsanwälte naturgemäss durch Ausnutzung der Verfahrungsbestimmungen ein Verfahren gern verschleppen und verteuern. Aber Hass macht eben blind und dumm, wie das Nachspiel des kommunistischen Verräterstückleins im preussischen Landtag zeigt. Nachdem die KPD=Fraktion dahinter gekommen war, dass sie im Kampf mit den Gewerkschaften das Kind mit dem Bad ausgeschüttet hatte und Vorwürfe aus den Reihen ihrer eigenen Anhänger befürchtete, kam sie bei der Beratung der Justizverwaltung plötzlich mit einem Antrag, wonach vor den Arbeitsgerichten als Prozessbevollmächtigte oder Beistand Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht gewerbsmässig betreiben, ausgeschlossen sein sollen. Also: rein die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln! Um zu erreichen, dass die Vertreter der RGO auch vor den "bürgerlichen Klassengerichten" als Prozessvertreter auftreten können, haben die grossen Stra-  
tegen der KPD es fertig gebracht, zunächst mit der Wirtschaftspartei gegen die Arbeiterklasse zu wüten und dann sich durch ihren Rückzug lächerlich zu machen.

Von Disteln erntet man keine Feigen, aus Phrasen holt man keine Kenntnisse. Das müssen sich die Arbeiter und Angestellten bei den kommenden Betriebsratswahlen vor Augen halten, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten auf die Gewerkschaften schimpfen. Es ist nur der Neid der Impotenz, der aus diesen Schimpfereien spricht. Die Tatsache, dass zur Zeit so mancher Arbeiter, der sich durch die kommunistischen Phrasen in irgendeine der von der RGO gegründeten Gegenorganisationen locken liess, wieder zu seiner freien Gewerkschaft zurückkehrt, spricht Bände.

SPD. Die Zigarrenfabrikanten glauben, sie können sich alles erlauben, weil die Arbeitslosigkeit schwer auf die Tabakarbeiter drückt. Sie haben in den Verhandlungen, die dieser Tage in Hamburg geführt wurden, nicht mehr und nicht weniger als eine Herabsetzung der Bezirks- und Ortszuschläge, eine Kürzung der Reichsgrundlöhne für eine Reihe von Arbeiten und von den in ausserordentlich komplizierter Form zu errechnenden Gesamtlohn einen Abschlag von 12 bis 14 % gefordert, wobei Lohnkürzungen von 12 bis 48 % herauskommen. Dass derartige Dinge von den Vertretern der Tabakarbeiter abgelehnt wurden und eine Verständigung angesichts solcher Masslosigkeiten nicht möglich war, versteht sich von selbst.

Die Tabakarbeiterverbände werden jetzt den Reichsarbeitsminister um Bestellung eines Schlichters ersuchen. Sie rechnen dabei darauf, dass die Reichsregierung, die durch ihr Tabaksteuergesetz die Zigarrenarbeiterschaft so schwer heimgesucht hat, dem Lohnabbauwahnsinn der Zigarrenfabrikanten Halt gebietet. Was die Zigarrenfabrikanten verlangen, ist Wahnsinn, denn man muss bedenken, dass der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Zigarrenherstellung noch nicht einmal 1200 Mark im Jahr erreicht.

SPD. Durch Schaden wird man klug - diese bittere Erfahrung haben die Metallarbeiter gemacht, die sich von den kommunistischen Phrasen verwirren liessen und aus dem Deutschen Metallarbeiterverband davonliefen. Schnell enttäuscht, sind die vom kommunistischen "Einheitsverband" zum Deutschen Metallarbeiterverband zurückgekommen. Ihrer Wiederaufnahme steht nichts im Wege, von der Wiedereinsetzung in die alten Rechte jedoch kann zunächst keine Rede sein. Die Zurückgekehrten haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben und müssen sie sich wie jedes neueintretende Mitglied erst wieder erwerben.

Der Vorstand betont, die Mitglieder seien zeitig und eindringlich genug gewarnt worden, den kommunistischen Spaltern auf den Leim zu gehen. Die Warnung

sei leider nicht überall beherzigt worden. Die freiwillig verscherzten Mitgliederrechte müssten, so hart das auch sei, nach den Bestimmungen des Status und der Verbandstagsbeschlüsse wieder regelrecht errungen werden.

---

SPD. Am Sonnabend begannen die Betriebsratswahlen zu den örtlichen sowie den Bezirks- und Hauptbetriebsräten im Bereich der preussischen Staatsverwaltungen und zwar zunächst im Finanz- und Innenministerium. Im Landwirtschaftsministerium finden die Wahlen am 13., im Ministerium für Kunst und Wissenschaft am 18. und 19., im Justizministerium am 20. und im Handelsministerium am 22. und 23. März statt. Für das Finanz-, Innen-, Justiz- und Landwirtschaftsministerium sind neben den Angestelltenlisten reine Arbeiterlisten für die freien Gewerkschaften aufgestellt worden, für das Handels- und Kultusministerium gemischte freigewerkschaftliche Listen.

Sämtliche Arbeitnehmer der preussischen Staatsverwaltungen und =betriebe müssen die freigewerkschaftlichen Listen wählen. Jede Stimmenzersplitterung schädigt die Interessen der Arbeiterschaft. Die in Aussicht genommenen Reform-, Spar- und Abbaumassnahmen erfordern erhöhte Wachsamkeit zur Abwehr der Existenzgefährdung der staatlichen Arbeitnehmer. Angestellte, Techniker und Arbeiter wählt freigewerkschaftlich!

---

SPD. Im Holzgewerbe sind nunmehr zwei Drittel der bezirkstariflichen Abschlüsse unter Dach und Fach. Im Laufe der kommenden Woche wird die neue bezirkstarifliche Regelung zu Ende geführt werden. Im Durchschnitt liegen die Lohnabschlüsse zwischen 4 und 6 % Abbau. Die alten Mantelverträge sind so gut wie unverändert geblieben. So haben die Arbeitgeber in den bezirklichen Abschlüssen die vom Reichsarbeitsminister seinerzeit bei den zentralen Verhandlungen angebotenen Verschlechterungen, z.B. in der Ferienfrage nicht durchgesetzt.

Was jetzt bezirklich vereinbart wurde, hätte der Arbeitgeberverband auch zentral haben können, wenn er seinerzeit bei den Verhandlungen die Kirche im Dorfe gelassen hätte. Nach Lage der Dinge mussten die Holzarbeiter in der Frage des Lohnabbaus wohl oder Uebel Zugeständnisse machen. Allein die Unternehmer sind mit ihren Forderungen weit über das Ziel gegangen.

Die Senkung des Lohnniveaus ist, so stellt die Holzarbeiterzeitung in einem Rückblick auf den Verlauf der bezirklichen Verhandlungen fest, durch höhere Gewalt erzwungen worden. Aber die im Tarifvertrag geregelten Arbeitsbedingungen, die Ergebnisse jahrelanger Kämpfe, sind unverändert erhalten geblieben. Die Organisation hat auch in schwerster Zeit ihre Kraft und ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, lautet "Schützt und stärkt den Deutschen Holzarbeiterverband!"

---

SPD. Die Arbeitslosigkeit hat in Bayern ihren Höhepunkt überschritten. Am letzten Stichtag zählte die amtliche Statistik 472 000 Arbeitsuchende, rund 2 500 weniger als bei der vorletzten Zählung. Der Rückgang ist aber ausschliesslich auf die Besserung am weiblichen Arbeitsmarkt zurückzuführen.

---

SPD. Der neue Schiedsspruch für die Kölner Gemeindearbeiter, der einen Lohnabbau von 6 % vorsieht, wurde in einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Gesamtverbandes gegen eine kräftige Minderheit angenommen. Die Stadtverwaltung hatte 10% Lohnabbau beantragt.

---

## Ende der Rohstoffbaisse?

(Festere Tendenz auf wichtigen Märkten. - Die Gründe sind aber vorzugsweise spekulativer Natur.)

SPD. Die in der letzten Zeit festzustellende Besserung auf wichtigen Rohstoffmärkten hat der Hoffnung neue Nahrung gegeben, dass die Preise für Rohstoffe ihren Tiefstand überwunden haben und dass ein Ansteigen der Preise den verarbeitenden Industrien Anregung geben wird: sinkende Rohstoffpreise hemmen die Unternehmungslust, steigende Rohstoffpreise beleben sie, schon aus dem Grunde, weil sie Risiken ausschalten.

Für die Besserungen kommen vor allem die Metallmärkte in Frage. Das internationale Kupferkartell hat mit seiner alten Politik, den Markt nach kleinen Preiserhöhungen knapp zu halten, wieder mal Erfolg gehabt und es ist ihm gelungen, in kurzer Zeit den Kupferpreis um etwa 15 Mark je 100 Kilogramm über den Tiefpunkt zu steigern. Allerdings scheint das Steigen des Kupferpreises zu gutem Teil durch das Aufleben des Börsenspiels an den amerikanischen Wertpapiermärkten ausgelöst worden zu sein, wie denn überhaupt die Haltung der Warenmärkte und die Bewegung der Warenpreise gegenwärtig von den nordamerikanischen Börsen her stark beeinflusst wird, Besonders künstlich ist die Bewegung am Zinnmarkt, nämlich eine Folge davon, dass die vier in Frage kommenden Regierungen (Britisch-Malaya, Holländisch-Ostindien, Bolivien und Nigeria) nun wirklich unter einen Hut gebracht sind, wodurch eine ziemlich starke Produktionseinschränkung möglich gemacht wird. Silber hat sich kaum erholt. Die innere Schwäche des Silbermarktes hält an.

Auch auf den Weltgetreidemärkten ist eine gewisse Befestigung eingetreten. Hier dürften die obenerwähnten allgemeinen Gründe u.a. das Eingreifen der nordamerikanischen Börsenspekulation von Bedeutung sein.

Dazu kam, dass Nordamerika während der letzten Monate einen starken Mangel an Niederschlägen verzeichnete und dass man deshalb der kommenden Sommerfaat eine ungünstige Entwicklung voraussagte. Währenddes sind weit verbreitete Regen- und Schneefälle eingetreten, die die Befürchtungen wohl zum grössten Teil beseitigt haben. Die argentinische Ernte ist dagegen tatsächlich durch das schlechte Wetter ziemlich schwer geschädigt worden und die Ernteschätzungen für Weizen- und Leinsaat wurden amtlich stark heruntergesetzt. Auf der anderen Seite ist jedoch die Kauflust der europäischen Zuschussgebiete klein geblieben, wenn auch zuletzt Westeuropa, insbesondere England, wieder einmal etwas stärker gekauft hat. Das fiel übrigens in eine Zeit, in der das russische, eine Zeit lang vom Markt verschwundene Weizenangebot wieder anfangt, stärker zu werden. Weiter haben die Russen auch grössere Mengen Roggen, man spricht von 135 000 Tonnen, zu einem beiseitigen Schleuderpreis an die holländisch-deutsche Getreidespekulation verkauft. Wie sich das auf den allgemeinen Markt auswirken wird, muss abgewartet werden.

Der deutsche Weizenmarkt, völlig gelöst vom Auslandsmarkt, ist ausgesprochen fest. Die Mühlen haben auf Grund des Vermahlungszwangs Bedarf nach deutschem Weizen. Die Landwirtschaft kann diesen Bedarf nicht decken. Wir haben in Deutschland ausgesprochen Weizennot, die den Preis für Terminweizen über 300 Mark getrieben hat. Der Weizenpreis hat auch den Roggenpreis in Deutschland höhergezogen. Dazu kam eine weitgehende Zollerhöhung für Roggen. Dass

## Roggen weiter fest.

(Berliner Getreidebörse vom 7. März)

SPD. Im Mittelpunkt des Interesses der Berliner Produktenbörse stand am Sonnabend weiter der Roggen, der seine feste Tendenz unvermindert behauptete und sogar steigern konnte. Am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit effektiver Ware wurden wieder Preissteigerungen von etwa 3 Mark erzielt, da das Angebot sehr knapp blieb und sich unverändert rege Nachfrage auch vom Rhein her geltend machte. Weizen wurde weniger beachtet trotz des gleichfalls nur geringen Angebots. Immerhin konnte auch dieser von der festen Grundtendenz Nutzen ziehen und wenigstens im Zeithandel seinen Preisstand um 1 Mark steigern, während der Kurs für prompte Ware kaum verändert war. Der Mehlmarkt behielt sein stilles Gepräge bei. Es zeigte sich wenig Kauflust. Für Roggenmehl lauteten die Forderungen der Mühlen vielfach um 25 Pfennige höher, für Weizenmehl unverändert. Für Hafer zeigte sich freundliche Stimmung. Das Angebot war klein, jedoch hielt sich die Kauflust wie stets an Sonnabenden in kleinen Grenzen.

6. März

7. März

(ab märkische Station in Mark)

Weizen	291 - 293	291 - 293
Roggen	168 - 170	171 - 173
Braugerste	212 - 220	213 - 221
Futter- und Industriergerste	195 - 211	195 - 211
Hafer	148 - 155	150 - 157
Weizenmehl	34,50 - 40,75	34,50 - 40,75
Roggenmehl	24,70 - 27,70	25,10 - 28,35
Weizenkleie	12,00 - 12,40	12,10 - 12,50
Roggenkleie	10,75 - 11,15	10,85 - 11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 303 plus Brief (Vortag 302), Mai 306 plus Geld (305), Juli 306-305½ Brief (305). Roggen März 189½ plus Geld (187), Mai 196-195¾ (193½), Juli 197 (195). Hafer März 162 (159½) Mai 171-170¾ (169¼), Juli 179 plus Brief (177½).

SPD. Wie der Reichsstädtebund durch Umfrage festgestellt hat, sind in den von dieser Umfrage erfassten mittleren und kleinen Städten mehr als 2/3 nicht in der Lage, das Rechnungsjahr 1930 ohne Fehlbetrag abzuschliessen. Trotz Einführung der neuen Steuern wird in diesen Städten ein Fehlbetrag von durchschnittlich 11,94 Mark je Einwohner ungedeckt in das nächste Rechnungsjahr übernommen werden müssen. Die Fehlbeträge sind in der Hauptsache auf die Steigerung der Wohlfahrtslasten im Rechnungsjahr 1930 zurückzuführen.

## Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 7. März: I. 142 Mark, II. 134 Mark, III. 120 Mark je Zentner. (Preise unverändert) Tendenz: stetig.